

Brechts «Heilige Johanna»
an der Hohen Promenade Seite 20Ein Mediziner hält Rückschau
auf 40 Jahre Drogenpolitik Seite 21Fünf Fragen an Ernst Stocker und
Daniel Jositsch Seite 22«Blickfang» zeigt im Kongresshaus
Design für alle Fälle Seite 23

Das tagende Klassenzimmer mit Ideen und Kompromissen

Die Stadt Zürich fördert Klassen- und Schülerräte

Schüler sollen im Schulalltag mitreden dürfen. Die Stadt Zürich will deshalb Einrichtungen wie Klassen- und Schülerräte in allen Primar- und Oberstufenschulhäusern einführen. Besonders verbreitet ist bis jetzt der Klassenrat.

gin. · «Die ganze Klasse stimmt zu», fasst der Vorsitzende Toby das Abstimmungsergebnis der 2. Sekundarklasse zusammen. Diskutiert hatten die 14- und 15-Jährigen den Punkt 8 ihrer Traktandenliste, «Spannender lernen»; beschlossen haben sie, dass jeder auf nächste Woche Vorschläge für Lernspiele im Fach Deutsch mitbringt.

Die Möglichkeit, dass die Klasse im Zürcher Schulhaus Riedenhalde ihre Anliegen auf Hellraumfolie notiert, im Plenum diskutiert und über die vorgebrachten Vorschläge entscheidet, gründet unter anderem auf der zwanzigjährigen Uno-Kinderrechtskonvention und einem Gemeinderatsbeschluss von 2004. Ebenso schreibt das neue Volksschulgesetz des Kantons Zürich die Partizipation der Schülerinnen und Schüler in der Schule vor. Was die Vereinten Nationen allgemein als «Vorbereitung auf ein individuelles Leben in der Gesellschaft» umschrieben hatten, übersetzte das Schul- und Sportdepartement 2005 in ein konkretes Projekt zum Aufbau und Ausbau der Schülerpartizipation. Seit diesem Schuljahr ist diese in den Stadtzürcher Volksschulen Bestandteil des Schulprogramms, Einrichtungen wie Klassen- und Schülerräte will die Stadt in allen Primar- und Oberstufenschulhäusern einführen.

Politik en miniature

«Es gibt viele Bereiche, in denen die Kinder eigene Vorstellungen haben», hat Gerold Lauber, Vorsteher des Schul- und Sportdepartements der Stadt Zürich, an einer Präsentation am Freitag erklärt. Möglichkeiten und Formen, diese Vorstellungen in den Alltag der Schule zu integrieren, gibt es viele. Doch es sei die Pflicht der Erwachsenen, die Rechte der Kinder durchzusetzen, betont Hildy Marty, Projektleiterin der Schülerpartizipation. Besonders etabliert als eine erfolgreiche Form der Partizipation hat sich der Klassenrat. In

den meisten Schulen in der Stadt Zürich ist dieser heute Standard.

In diesem Gremium diskutieren die Schüler jeweils wöchentlich ihre Anliegen zur Gestaltung des Schullebens, aber auch zur Bewältigung von Konfliktsituationen. Damit können sie sich nicht nur einbringen, sondern verpflichten sich auch, Verantwortung zu übernehmen. Abwechslungsweise teilen sie sich die Gesprächsleitung und Protokollführung, gemeinsam stimmen sie zu den jeweiligen Punkten ab, und freiwillig melden sie sich für Abklärungen. Jeweils zwei Schüler pro Klasse kandidieren als Delegierte im Schülerforum. «Was möglich ist, kann man machen», ist Tims Fazit zum Klassenrat. Das seien zwar keine «riesigen Sachen», aber etwa ein Unihockey-Turnier sei so möglich.

Freiheit mit Grenzen

Die Schüler geniessen also viele Möglichkeiten und doch keine grenzenlose Freiheit. Schulleiter Reinhard Humbel erzählt von der Forderung seitens der Schüler, den Pausenaufsichten Samichlaus-Mützen überzuziehen. Diplomatisch stellt sich in diesem Punkt der Schulleiter auf die Seite der Lehrerschaft, der diese Idee missfällt. Auch deshalb heisst die höchste Instanz der Schüler nicht mehr wie anfänglich Schülerparlament, sondern Schülerforum. Schliesslich sei die Entscheidungskompetenz ganz klar kleiner als in einem Parlament, erklärt Marcel Ackermann, Sekundarlehrer, der die Foren begleitet. Trotzdem machten die Kinder gerne mit und fühlten sich ernst genommen, das Forum habe sich unterdessen institutionalisiert. Letztlich geht es denn auch nicht nur darum, die Kinder mitreden zu lassen, sondern vor allem darum, sie für demokratische Prozesse zu sensibilisieren und sie wie mündige Bürger zu verpflichten.

Und wie gefällt dem Lehrer seine wöchentliche Verbannung nach hinten in die Ecke? Unumwunden gibt er seine anfängliche Skepsis zu. Wie konstruktiv eine Klasse etwas bewegen könne, hänge letztlich stark von ihrer Initiative ab. Über die Ideen der jetzigen strahlt er stolz. Nicht nur, weil der Kuchen so fein war, den die Klasse einem Lehrer zum Abschied buk – als Kompromisslösung, wohlbemerkt, weil sich der Klassenrat über die vorgeschlagenen Geschenkideen nicht einig war.

Seilziehen um Tramfinanzierung

Die VBZ müssen Ausschreibung einer neuen Generation von Stadtbahnen verschieben

Eigentlich wollten die VBZ noch im laufenden Jahr die Ausschreibung für die neue Tramgeneration durchführen. Doch die knappen Finanzen beim Kanton machen diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung.

Gordana Mijuk

Fast 9 Monate ist es her, seit das gelbe «Tango»-Tram zu Testzwecken auf Zürichs Schienen herumkurvte. Drei Wochen lang testeten die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich (VBZ) das Fahrzeug der Baselland Transport AG und zogen danach eine positive Bilanz. Das futuristisch anmutende Gefährt des Schweizer Herstellers Stadler Rail hatte nur eine kleine Panne auf den in Zürich zurückgelegten 2777 Kilometern und kam trotz seiner gelben Farbe auch bei den Fahrgästen in der Limmatstadt gut an. Die VBZ betonten schon im Frühling, dass der Test mitnichten eine Vorentscheidung bedeute für die geplante Anschaffung einer neuen Generation von Stadtbahnen. Man habe vielmehr eine gute Gelegenheit gepackt, ein neues Tram zu testen. Auch anderen Herstellern stehe es offen, Fahrzeuge nach Zürich zu bringen. Laut Jacques Baumann, Leiter des Bereichs Markt bei den VBZ, laufen mittlerweile auch Gespräche mit anderen Herstellern, um nächstes Jahr weitere Tests mit neuen Trams auf Zürcher Anlagen durchzuführen. Die Namen der möglichen Anbieter möchte er aber noch nicht nennen.

Die neue Tramgeneration sollte spätestens 2016 geliefert werden können; dann nämlich kommt das Tram 2000 nach 40 Jahren ans Ende seiner «Lebensdauer». Geplant war deshalb, schon im laufenden Jahr eine Ausschreibung durchzuführen. Doch aufgrund der knappen Finanzen beim Kanton wird sich die Ausschreibung verzögern. Laut Jacques Baumann sind die VBZ derzeit in intensiven Diskussionen mit dem Kanton. Es gehe es um die Frage, wann der Kanton die Fahrzeuge bezahlen kann, pro Tram ist voraussichtlich mit Anschaffungskosten von rund 5 Millionen Franken zu rechnen. Letztlich muss geklärt werden, wann das erste Fahrzeug der neuen Generation in Produktion geht und auf der Schiene rollt. Weil der Kanton in den nächsten Jahren 1,3 Milliarden Franken pro Jahr einspa-



Zu Testzwecken letzten März in Zürich: das Basler «Tango»-Tram. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

ren will, ist die Planung keine einfache Aufgabe. Theoretisch könnten die VBZ die Stadt um die Vorfinanzierung bitten. Doch Baumann will sich an den regulären Weg halten, da auch die städtischen Finanzen derzeit nicht im Lot sind. «Unser Ziel ist es, dass die Finanzierung wie üblich vom Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), also vom Kanton, übernommen wird.» Auch sollten die Trams wenn möglich kontinuierlich beschafft werden, um Spitzen im Investitionsbudget zu vermeiden. Die Verzögerung bei der Ausschreibung sollte laut Baumann

keine schwerwiegenden Konsequenzen haben. Der Zeitplan könne auch eingehalten werden, wenn die Ausschreibung 2010, ja sogar bis Mitte 2011 erfolge. Danach werde es aber knapp.

Klar ist schon heute, dass die neue Tramgeneration keine Neuentwicklung sein wird, wie es das Cobra-Tram war. Die neuen Trams sollen erprobte Technologien in sich tragen und nur an die Zürcher Verhältnisse angepasst werden müssen, wie Baumann erklärt. Das beste «Züri-Tram» sei nicht das beste Tram für Zürich, pflege er jeweils zu sagen.

Warten auf Arzneien vom Arzt

Umsetzung des Volksentscheids juristisch blockiert

bo. · Obwohl die Zürcher Stimmberechtigten im November 2008 festgelegt haben, dass auch die Ärzte in den Städten Zürich und Winterthur ihren Patienten künftig Medikamente direkt abgeben dürfen, wird der Entscheid vorerst nicht umgesetzt. Juristische Auseinandersetzungen hindern Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger daran, sein Versprechen – eine Einführung auf Anfang 2010 – einzuhalten. Das hat Heiniger am Freitag mitgeteilt.

Der Volksentscheid wird auf zwei Ebenen angefochten: Einerseits liegen zwei Stimmrechtsrekluse vor; darin machen Privatpersonen geltend, der Ausgang der Abstimmung sei durch eine irreführende Propaganda der Ärzteschaft beeinflusst worden. Die zuständigen Behörden hätten die Fälschinformationen widerlegen sollen. In einer ersten Beurteilung bezeichnete der Regierungsrat diese Rekluse als verspätet. Unterdessen haben Bundes- und Verwaltungsgericht die Beschwerden aber teilweise gutgeheissen und den Regierungsrat mit einer inhaltlichen Prüfung der Beschwerden beauftragt. In einem

zweiten Verfahren versucht andererseits die Apothekerschaft, den Volksentscheid mit einer Beschwerde vor Bundesgericht ungeschehen zu machen. Noch steht ein Entscheid aus. Wann das Gericht entscheidet, darüber rätselt auch die direkt Beteiligten. Gemutmasst wird allenthalben, die jüngste Entwicklung auf Bundesebene in der Frage der Medikamentenabgabe könnte das Gerichtsurteil noch lange verzögern. Der Bundesrat hat sich im Oktober hinter einen Gesetzesentwurf gestellt, der den Ärzten den Verkauf von Medikamenten grundsätzlich verbieten will.

Bis ein Gesetz dieses Inhalts aber beschlossen wäre, gehen auf jeden Fall Jahre ins Land. Es ist kaum denkbar, dass man im Kanton Zürich mit der Umsetzung des Volksentscheids so lange zuwartet. Nach Angaben der Gesundheitsdirektion sind seit der Volksabstimmung 60 Gesuche von Ärzten aus Zürich und Winterthur eingegangen, die neu Medikamente abgeben möchten. Die Gesuche blieben vorerst unwillig. Den ausserhalb der Städte tätigen Ärzten ist die Abgabe erlaubt.

Rektor trifft die protestierenden Studenten

fsi. · Andreas Fischer, Rektor der Universität Zürich, hat am Freitagabend im besetzten Hörsaal KOH B-10 die Forderungen der seit Dienstag protestierenden Studenten entgegengenommen. Er berichtete im Anschluss an das Treffen, von welchem die Gruppen «Uni von unten» und «Unsere Uni» die Medien ausgeschlossen hatten, dass um die 300 Personen im Saal anwesend gewesen seien. Die Studierenden hätten ihn freundlich empfangen, und er habe das Gefühl, dass man ihm zugehört habe. Es seien ihm die Forderungen vorgelesen worden, und man habe ihm beschieden, dass man wegen eines für den Freitagabend festgesetzten Vortrages erst am Montag über die einzelnen Punkte diskutieren wolle.

Der Rektor nahm dennoch schon am Freitag zu den Forderungen kurz Stellung. Er erklärte, dass auch die Universität gerne mehr Geld für die Bildung hätte. Doch dieses Geld komme von den Steuerzahlern, und die Hochschulen könnten sich dem für die kommenden Jahre zu erwartenden Spardruck nicht entziehen. Zum Vorwurf des zunehmenden Einflusses der Privatwirtschaft auf Bildung und Forschung habe

er den Protestierenden versichert, dass nach wie vor mehr als 90 Prozent des Universitätsbudgets vom Staat getragen würden und dass man sich weder von Stiftungen noch von Geldgebern aus der Wirtschaft die Art der Verwendung der Mittel diktieren lasse.

Dass die jungen Leute ihren Protest gegen die Bologna-Reformen an einem nebensächlichen «Mini-Problem» wie der Anwesenheitspflicht für einzelne Veranstaltungen aufhängen, erstaunte ihn, sagte Fischer. Und dass sie die «Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse an der Universität» forderten, könne er nicht nachvollziehen. Das sei eine Angelegenheit der Angestellten. Die Universität Zürich zähle gegen 7200 Beschäftigte, und aus deren Reihen habe er noch nie Beschwerden vernommen.

Wie die Universitätsleitung übers Wochenende mit der Besetzung umgehen wird, konnte der Rektor noch nicht sagen. Die Besetzung koste auf jeden Fall Geld, weil Personal und Sicherheitsleute aufgeboden werden müssten. Zu einer Diskussion am Montag erklärte sich Fischer bereit. «Wir sind nicht auf Konfrontationskurs.» Aber er lasse sich den Zeitpunkt nicht

von den Protestierenden diktieren; er habe auch noch andere Aufgaben und Pflichten. Ausserdem erwartet er, dass die Aktion sehr bald abgebrochen wird. «Durch die Besetzung des Hörsaals und die sicherheitsbedingte Schliessung der Aula wird der Lehrbetrieb nämlich empfindlich eingeschränkt.»

ANZEIGE

FDP
Die Liberalen



Erdwärme – die Energiequelle mit Zukunft
**Ja zur Krediterhöhung
für eine zweite
Geothermie-Bohrung.**

Falls die nötige Wärme vorhanden ist, wollen wir sie auch nutzen können.
Packen wir zusammen mit Stadtrat Andres Turler die Chance!

www.fdp-zhstadt.ch
FDP, Kreuzstrasse 62, 8032 Zürich

29.11.
JA!